

Austrian Airlines stehen vor Kapitalerhöhung

HANDELSBLATT, Mittwoch, 30. August 2006, 06:00 Uhr

OLIVER STOCK | WIEN

Die österreichische Fluggesellschaft Austrian Airlines (Aua) wird nach Angaben aus Bankenkreisen um eine Kapitalerhöhung von voraussichtlich 350 Mill. Euro in diesem Jahr nicht herunkommen. Das Unternehmen, das mit der Lufthansa über das Star-Alliance-Bündnis verknüpft ist, schreibt seit dem vergangenen Jahr rote Zahlen. Die im Wahlkampf stehenden österreichischen Politiker dringen dennoch auf eine weitere Selbstständigkeit der nationalen Fluglinie. Luftfahrtexperten halten dagegen einen Anschluss der Aua beispielsweise an die Lufthansa nur noch für eine Frage der Zeit.

Zu den Schwierigkeiten der Fluglinie haben neben den hohen Treibstoffpreisen und der Konkurrenz durch Billigflieger auch hausgemachte Probleme wie vergleichsweise teure Arbeitsverträge beigetragen. Im ersten Halbjahr 2006 wies die Aua einen Verlust von 61 Mill. Euro aus und räumte ein, auch im Gesamtjahr das geplante ausgeglichene Ergebnis nicht erreichen zu können. Hinzu kommt, dass die Fluglinie auf einem Schuldenberg von mehr als einer Mrd. Euro sitzt. Größter Anteilseigner ist mit knapp 40 Prozent eine österreichische Staatsholding.

Die Aua selbst hatte sich eine mögliche Kapitalerhöhung bei ihrer Hauptversammlung im Mai prinzipiell genehmigen lassen. Dass sie noch in diesem Jahr kommt, wird von der Fluggesellschaft selbst nicht bestätigt. "Der Vorstand prüft laufend Alternativen, die geeignet sein können, die Eigenkapitalverfassung und Finanzierungsseite von Austrian Airlines weiter zu optimieren", sagte eine Sprecherin gestern lediglich. Dass sich die Aua noch zurückhält, dürfte mit ihrer heiklen Finanzsituation zusammenhängen, die auch den Börsenkurs unter Druck gebracht hat. Er liegt seit Wochen unter dem Nennwert der Aktie von 7,27 Euro. Laut Aktiengesetz darf die Aua ihr Kapital in einer solchen Konstellation nicht erhöhen. Gedacht ist deswegen daran, einen so genannten Kapitalschnitt zu machen. Dabei soll das Grundkapital herabgesetzt und dann erst erhöht werden. "Dies ist natürlich ein fatales Signal für eine Publikumsgesellschaft" lautete dazu gestern ein Kommentar aus Bankenkreisen.

Deswegen dürfte sich die Aua dazu erst durchringen, wenn sie weitere institutionelle Anleger auf ihrer Seite weiß. In Österreich wird vor diesem Hintergrund über den Einstieg der Bundesländer Niederösterreich und Wien sowie über eine Beteiligung des Flughafens Wien an der Aua spekuliert. Die Genannten winken jedoch bislang mehr oder weniger entschieden ab. Eine Sprecherin der Flughafengesellschaft in Wien, bei der die Aua der wichtigste Kunde ist, verwies auf eben diese Kundenbeziehung. Sie wäre gestört, wenn der Flughafen gleichzeitig Anteilseigner der Fluglinie wäre.

Die heikle Situation der Aua hat zur Folge, dass die Lufthansa als möglicher Partner wieder ins Blickfeld gerät. Eine Fusion mit einem der großen der Branche war bereits Thema eines Gutachtens der Unternehmensberater von Roland Berger gewesen, die die Aua kürzlich durchleuchtet hatten. Als vor knapp zwei Wochen Air Berlin die Übernahme der DBA ankündigte, sahen Experten wie Christopher Kummer, Direktor des Institute of Mergers, Acquisitions and Alliances, den Druck, der auf der Aua lastet, steigen und rieten zur "Lufthansa als natürlichen Partner". Immer wieder genannt wird dabei das Beispiel der ehemals halbstaatlichen Schweizer Fluglinie Swiss, die auch solange nicht aus der Krise fand, bis sie im vergangenen Jahr unter die Flügel der Lufthansa schlüpfte.

Die deutsche Seite winkt allerdings ab. "Wir müssten viel investieren", sagte ein Lufthansa-Sprecher gestern, "und hätten im Vergleich zur Swiss wenig davon." Bei der Swiss sei es schließlich auch darum gegangen, einen Konkurrenten zu kaufen. Mit der Aua sei die Lufthansa dagegen bereits über die Star Alliance verbündet - was die deutsche Seite allerdings nicht davon abhält, den Österreichern heftig Konkurrenz zu machen: Die Zahl der Flugziele in Osteuropa, einer Region, die die Aua als ihren Nischenmarkt betrachtet, ist bei beiden Unternehmen etwa gleich hoch.